

#schlaglicht

Nr. 01/2020

SACHSEN-ANHALT

DGB

DGB-BEZIRK NIEDERSACHSEN – BREMEN – SACHSEN-ANHALT

23. JANUAR 2020

Tarifflicht: Von leeren Taschen und leeren Kassen

Nehmen wir zwei Beschäftigte: Beide arbeiten in der gleichen Branche. Beide haben dasselbe Qualifikationsniveau. Beide erbringen Tag für Tag die gleiche Leistung. Trotzdem könnten die Unterschiede zwischen beiden kaum größer sein. Denn einer von ihnen muss für deutlich weniger Geld länger arbeiten, hat keine betriebliche Altersvorsorge und geht ohne Sonderzahlungen nach Hause. Woher kommt diese Diskrepanz? Die einfache Antwort: In einem Betrieb ist das Arbeitsverhältnis tarifvertraglich geregelt. Der andere Betrieb ist dagegen seit Jahren auf der Flucht, auf der Tarifflicht!

Im letzten Jahr hat die Sozialpartnerschaft ihr hundertjähriges Jubiläum gefeiert. Wohl kaum eine Institution hat in so hohem Maße zur Stabilität und zum sozialen Frieden der Gesellschaft beigetragen. Das sozialpartnerschaftliche Kernstück sind zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern kollektiv ausgehandelte Flächentarifverträge. Hierdurch erhalten die Beschäftigten in allen Bereichen weitaus bessere Konditionen als in tariflosen Betrieben oder wenn der Staat Mindeststandards setzt. Gleichzeitig wird der Wettbewerb in faire Bahnen gelenkt.

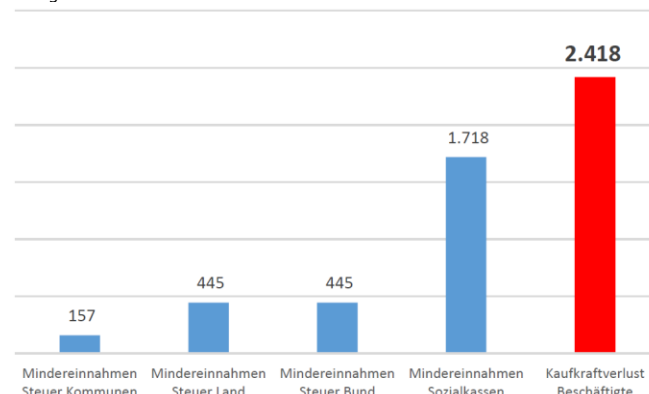
Aber Fakt ist: In Sachsen-Anhalt machen sich viele Arbeitgeber einen schlanken Fuß und wollen von Tarifbindung nichts wissen. Die Hälfte aller Beschäftigten ist nicht durch einen Tarifvertrag geschützt. Für sie entstehen schwere Nachteile. Besonders sichtbar wird das beim Einkommen: Mit Tarifvertrag verdienen Beschäftigte monatlich im Schnitt 3.287 Euro brutto. Ohne Tarifvertrag bleibt selbst unter der Berücksichtigung struktureller Effekte wie Betriebsgröße und Branche ein Lohnabstand von rund 17 Prozent. Das sind 552 Euro pro Monat und aufs Jahr gerechnet über 6.620 Euro. Ein dicker Batzen, dessen Fehlen sich am Monatsende oder in der Urlaubskasse bemerkbar macht. Bei flächendeckender Tarifbindung in Sachsen-Anhalt hätten die Beschäftigten im Jahr insgesamt 2,42 Mrd. Euro mehr Netto in der Lohntüte.

Leidtragende sind allerdings nicht nur die Beschäftigten. Tarifflicht und Lohndumping sorgen automatisch für geringere Einnahmen bei der Einkommenssteuer und den Sozialversicherungen. In Sachsen-Anhalt sind die Ausfälle enorm. Bund, Land und Kommunen entgehen in der Summe pro Jahr über eine Milliarde Euro an Steuereinnahmen. Obendrauf kommen noch einmal ca. 1,72 Milliarden Euro an Mindereinnahmen für die Sozialversicherungen (siehe Grafik). Dieses Geld wird dringend gebraucht für den gesellschaftlichen Ausgleich, für Investitionen in Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur.

Angesichts dieser Fakten müssen sich die Unternehmen die unbequeme Frage nach ihrer sozialen Verantwortung gefallen lassen. Tarifflicht ist kein Kavaliersdelikt. Zurück an den Verhandlungstisch muss die Devise lauten. Aber auch die Landesregierung hat ihre Hausaufgaben zu machen. Wo Steuergelder fließen, müssen Tarifverträge gelten. Deshalb dürfen öffentliche Aufträge und staatliche Fördergelder zukünftig nur noch an tarifgebundene Unternehmen vergeben werden. Das ist sowohl wirtschaftlich als auch sozial nachhaltig. Und vor allem haben die Beschäftigten das verdient!

Mindereinnahmen durch Tarifflicht in Sachsen-Anhalt

– Angaben in Mill. Euro –



Quelle: Berechnung des DGB-Bundesvorstands 2019, eigene Darstellung